



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe September 2005-II

Inhalt:

1. Verbesserung bei Rufbereitschaft
2. Stoi Polizop
3. VelsPol
4. Polizei-Schafe
5. Im Gespräch: Kirche und DGB
6. Demokratie zum Mitmachen: DGB-Jugend macht Wahl-o-mat
7. Terminhinweis: Chat mit StS Auernheimer
8. Terminhinweis: GdP-Weinprobe
9. Zur Erinnerung
10. Leserbriefe zu ‚Nachgefragt‘

1. Verbesserung bei Rufbereitschaft

Der Gesamtpersonalrat Trier versagte einem Teilaspekt eines Einsatzbefehls seine Zustimmung, weil für die Rufbereitschaft X + 60 lediglich eine Vergütung von 1 : 8 vorgesehen war. Dies sei lediglich die Vergütung für die ‚normale‘ Rufbereitschaft, argumentierte der Vorsitzende **Alfons Meyer**. Geregelt war bisher, dass die Rufbereitschaft von X + 30 mit 1 : 4 vergütet wird – X + 60 war nicht vorgesehen. Der Inspekteur der Polizei **Werner Blatt** entschied: Bei Anordnung von X + 60 wird die Bereitschaftszeit mit 1 : 6 angerechnet. Ein guter Erfolg für den Gesamtpersonalrat Trier.



2. Stoi Polizop

„Das Anhalten von Kraftfahrzeugen soll künftig wie folgt ablaufen: Das Polizeifahrzeug fährt hinter dem anzuhaltenden Verkehrsteilnehmer und schaltet den Anhaltesignalgeber "STOP POLIZEI" ein. Reagiert der Fahrzeugführer nicht, wird das rote Blinklicht kurz zugeschaltet. Der Fahrzeugführer wird aufmerksam, sieht in den Rück- / Seitenspiegel und erkennt die Schrift "STOP POLIZEI". Das rote Blinklicht ist nur nach vorn gerichtet und nur für den angesprochenen Verkehrsteilnehmer erkennbar. Sollte er auch dieses Signal nicht bemerken, kann das "YELP-

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-99



Signal", das sich signifikant vom Martinshorn unterscheidet, eingeschaltet werden. Spätestens dann wird der Fahrzeugführer aufmerksam und kann der Aufforderung zum Anhalten in angemessener Weise Folge leisten.“



Bundesinnenminister **Otto Schily**: *"Die Verbesserung der Sicherheit unserer Polizeibeamtinnen und -beamten ist ein wichtiges und permanentes Anliegen. Das zusätzliche rote Blinklicht und der neue akustische Heulton stellen die notwendige Eindeutigkeit polizeilicher Zeichen und Weisungen beim*

Anhaltevorgang her. Dadurch wird der Eigenschutz der einschreitenden Polizeibeamten erhöht. Dieser von allen Polizeien des Bundes und der Länder getragene Vorschlag wird von mir ausdrücklich begrüßt."

3. VelsPol

Seit 1994 gibt es Bundestreffen des Verbandes lesbischer und schwuler Polizeibediensteter in Deutschland. Der Verband bemüht sich um mehr Verständnis und mehr Toleranz für lesbische und schwule Kollegen innerhalb der Polizei. Das Treffen 2005 fand in Berlin zum 10-jährigen Bestehen des VelsPol Berlin statt. Auftakt war ein offizieller Empfang beim Polizeipräsidenten Herrn Glietsch, welcher auch Schirmherr der Veranstaltung war. Während des Bundestreffens gab es verschiedene Referate z.B. über Gewalt gegen Schwule, wie geht die Polizei mit Häuslicher Gewalt z. B. in einer lesbischen Beziehung um. Zum Schluss folgte eine politische Diskussion mit Volker Beck (MdB) zum Thema "Antidiskriminierungsgesetz" und die Auswirkungen auf die tägliche Polizeiarbeit. Nach der offiziellen Tagung bestand für die Teilnehmer die Möglichkeit am Christopher-Street-Day (CSD) teilzunehmen. Die Teilnehmer der Polizei, welche entsprechende T-Shirt`s mit dem Aufdruck "Polizei" und "www.Velspol.de" trugen wurden von den Zuschauern mit Klatschen und Bravorufen begrüßt. Es waren auch mehrere Kolleginnen und Kollegen aus Rheinland-Pfalz bei dem Bundestreffen anwesend. Es ist beabsichtigt, sich in Rheinland-Pfalz gelegentlich mal wieder zu treffen. Wer Interesse hat, kann sich gerne bei mir melden.

In den nächsten Wochen wird an die Dienststellen im Land eine Info-Broschüre von VelsPol versandt. Sie kann auch bei mir angefordert werden. Dieter Kilian, PP Westpfalz.

4. Polizei-Schafe

Innovation und Umweltschutz: hervorragende Idee, wie die 7000 Gau-Bickelheim - incl. Schnitt' gehalten werden könnte. grasen nun kostengünstig um die



Kollegen hatten eine qm große Grünfläche der PAST Hubschrauberlandeplatz - 'im Sechs Schafe eines Züchters Wette.

5. Im Gespräch: Kirche und DGB

Zu einem vierstündigen Meinungsaustausch trafen sich die Bischöfe **Kardinal Karl Lehmann** (Mainz), **Dr. Anton Schlembach** (Speyer) und **Dr. Reinhard Marx**

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

☎ 06131-96009-0 📠 06131-96009-99



(Trier) mit dem DGB. Weitere Teilnehmer waren die Generalvikare **Dr. Günther Geis** (Limburg), **Dr. Georg Holkenbrink** (Trier), **Dr. Dominik Schwaderlapp** (Köln) und **Peter Schappert** (Speyer) sowie Ordinariatsdirektor **Bernhard Nacke** und Justitiar **Ralf Korden** vom Katholischen Büro Mainz.

Inhaltliche Schwerpunkte waren die Berichte zu Armut und Reichtum von Landes- und Bundesregierung, wobei **Bischof Dr. Schlembach** darauf hinwies, dass Kinder kein Armutsrisiko sein dürften. **Bischof Dr. Marx** verwies auf die Denkschrift der katholischen Kirche „Das Soziale neu denken“ und machte deutlich, der Staat müsse so stark bleiben, dass er ein Garant für die soziale Gerechtigkeit sein könne. GdP-Landesvorsitzender **Ernst Scharbach** unterstützte die Ausführungen von Seiten der Kirche ausdrücklich. Der Polizei mache die zunehmende Verwahrlosung, Gewaltbereitschaft und der Drogenkonsum von Jugendlichen und Kindern Sorgen. **Scharbach**: „Die beste Kriminalpolitik ist immer eine gute Sozialpolitik.“



„Bildung und Armut hängen eng miteinander zusammen, deshalb muss den Schwachen in der Gesellschaft eine Perspektive in der Kindertagesstätte und in der Schule geboten werden (beitragsfreier Kindergartenbesuch und Ganztagschule)“, beschrieb **Tilmann Boehlkau**, Landesvorsitzender der GEW, die Armutskarrieren aus dem Schulbereich. **Bischof Dr. Marx** bekräftigte dies ausdrücklich, wies jedoch gleichzeitig darauf hin, dass die Ganztagschule den hohen Erwartungen nur gerecht werden könne, wenn hinter dieser eine tragfähige Konzeption steht.



Astrid Clauss (DGB) ergänzte aus aktuellen Zahlen der Agentur für Arbeit in RP: 36600 Bewerber suchen eine Lehrstelle, 7 % mehr als 2004; es gebe aber 10 % weniger Plätze als 2004 und 18.000 Jugendliche befänden sich noch in 'Warteschleifen' und drängten ebenfalls auf den Ausbildungsmarkt. Derzeit bestehe eine Lücke von 17.000 Ausbildungsplätzen - aus Sicht von Kirche und

DGB nicht hinnehmbar. Entgegen der öffentlichen Meinung sind die 30.000 Arbeitslosen bis 25 Jahre keineswegs überwiegend ohne Abschluss: 67 % verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung. **Kardinal Lehmann** wies auf den letztjährigen gemeinsamen Aufruf von Kirche, Gewerkschaft und Unternehmerverbänden hin.

Die Bischöfe interessierten sich für die laufenden Tarifverhandlungen. **Achim Meerkamp** (Verdi) und **Ernst Scharbach** (GdP) ergänzten die Ausführungen der Industriegewerkschaften IGM, IG BCE und NGG (**Gerhard Herbst**) durch den Stand der Verhandlungen im öffentlichen Dienst. **Scharbach**: „Die Ministerpräsidenten verweigern gar die Aufnahme von Tarifverhandlungen für die Länder. Ein Abschluss ist überhaupt nicht in Sicht. Sachliche Argumente sind kaum zu hören, warum der einheitliche Tarif in Deutschland zerschlagen werden soll. Es kommt



einem vor, als hätten manche Ministerpräsidenten aus Profilierungssucht den inneren Zwang, einfach etwas zu zerschlagen, was sich seit Jahren bewährt hat.“

Armin Schild (IGM) und **Doris Meißner** (IG BCE) beleuchteten die verschiedenen Arten der Mitbestimmung in Deutschland und Europa und die Bemühungen, einen Ausgleich zwischen den Interessen der Beschäftigten in Europa und der Welt zu erreichen. Auch viele Unternehmer schätzten die Befriedungsfunktion von Flächentarifverträgen und stünden den Plänen von CDU und insbesondere FDP ablehnend gegenüber. **Bischof Dr. Marx** bat darum, die Mitbestimmungsdiskussion nicht zu oberflächlich zu führen, damit durch mögliche Veränderungen auch eine Weiterentwicklung erreicht werde, denn er habe auch Anfragen an einzelne Aspekte der derzeitigen Praxis. Zur Europathematik erklärte **Armin Schild**: „Wir brauchen eine neue Idee der sozialstaatlichen Gestaltung Europas. Wir müssen die Jugend in diese Diskussion um ‘ihr’ Europa einbinden.“ **Kardinal Lehmann** griff den Gedanken auf und führte aus, dass die Erneuerung des Sozialstaates in Deutschland wie auch auf europäischer Ebene eine gemeinsame Aufgabe sei. Auch die Kirche betrete hier Neuland, da beispielsweise auch die Globalisierung von der katholischen Soziallehre noch nicht zu Ende gedacht worden sei.



Dietmar Muscheid, Vorsitzender des DGB West, bedankte sich für den offenen und fruchtbaren Dialog: „Wir sollten den Meinungs austausch dringend intensivieren!“

6. Demokratie zum Mitmachen: DGB-Jugend macht Wahl-o-mat

Die DGB-Jugend sucht für die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 26. März 2006 noch MitstreiterInnen für die Entwicklung eines ‚Wahl-o-mat‘, wie er bereits bei der Bundestagswahl auf der HP der Bundeszentrale für politische Bildung zum Einsatz kam. Interessenten melden sich bei Kollegin Sabrina Kunz (PP Koblenz) von der JUNGEN GRUPPE. Das Höchstalter beträgt 25 Jahre.



7. Terminhinweis: Chat mit StS Auernheimer

Staatssekretär Dr. Richard Auernheimer bietet am Donnerstag, dem 29. September 2005 in der Zeit von 10:00h bis 12:00h einen Chat über das Internet www.masfg.rlp.de für Menschen mit Behinderungen und besonders aus der ehrenamtlichen oder auch hauptberuflichen Behindertenarbeit an.



8. Terminhinweis: GdP-Weinprobe



Ein ‚kulinarisches Feuerwerk‘ verspricht die Mainzer GdP bei der Weinprobe am 3. November 2005 um 19:30h in Siefersheim (Nähe Stein-Bockenheim). Im stilvollen Winzerhof Zimmermann wird ein Fünf-Gang-Menü (auf Wunsch auch vegetarisch) eingeraht von 10 typisch rheinhessischen Weinsorten.

GdP-Preis: nur 29 € Details und Anmeldung bei: Koll. Jung, Dehos und Remmet.

Gäste aus allen Landesteilen sind herzlich willkommen!

9. Zur Erinnerung

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

10 Leserbriefe zu ‚Nachgefragt‘

In der letzten Ausgabe hatten wir nachgefragt, ob der Passus "Zur Erinnerung" weiterhin in 'Kurz berichtet' erscheinen soll. Hier einige der Rückmeldungen:

"Fühlt sich hier etwa ein Kollege auf seine parteipolitischen Füße getreten?"

*Ich appelliere, den Passus in jeder Ausgabe zu wiederholen. M.E. kann man nicht genug auf einen **solch einseitigen Vertragsbruch** hinweisen. Wir haben alle vor mehr oder weniger Jahren einen Vertrag mit dem Land geschlossen, indem wir uns verpflichteten, unsere Arbeitskraft (und auch Gesundheit) dem Gemeinwohl zur Verfügung zu stellen. Dafür wurde vertraglich vereinbart, dass wir mit 60 Jahren und 75 Prozent unserer Dienstbezüge in den Ruhestand gehen können. Seit Jahren werden diese Vereinbarungen über unsere Köpfe hinweg einseitig zugunsten des Landes geändert, ohne dass wir auch nur den Hauch eines Mitspracherechtes hätten.*

Wie brachte es ein Kollege auf den Punkt:

Uns wurde nicht die Lebensarbeitszeit verlängert, uns wurde der wohlverdiente Ruhestand um drei bzw. fünf Jahre gekürzt...

*Gerade im Hinblick auf die Landtagswahl am 26.03.2006 sollte der Passus ständig wiederholt werden. Ich würde ihn noch zusätzlich kursiv, **fett**, **größer**, unterstrichen, **farbig** darstellen."*

"Hallo Kolleginnen, Hallo Ernst,

ich denke man kann nicht oft genug darauf hinweisen wann und wer das "verbrochen" hat. Weist man nicht immer wieder auf etwas hin, meint nach einer gewissen Zeit jeder, dass es ja immer so gewesen ist (siehe Soli Zuschlag auf Mineralöl Anfang der 90er, wovon heute niemand mehr spricht und der immer noch u.a. die Spritpreise belastet). Mich stört der Passus nicht. Wenn ich ihn nicht lesen will, lass ich es einfach."

"Hallo Herr Scharbach,

natürlich soll der Beitrag weiterhin die Erinnerung an den durch das Land einseitig begangenen Vertragsbruch wach halten.

So habe ich in meinem Büro den Artikel "Verlängerung der Lebensarbeitszeit" (Landesjournal DP 5/2003) von Norbert Puth, sowie weitere Märchen vom fürsorglichen Dienstherrn an die Wand getackert.



Da das BHW, die LBS und alle meine anderen Vertragspartner die mit ihnen damals (ab Juli 1969) abgeschlossenen Verträge eingehalten haben, fühlte ich mich ihnen verpflichtet und habe mich auch an ihre Regeln gehalten und die mich betreffenden Vertragsteile in vollem Umfange erfüllt.

Das Land hat den mit mir abgeschlossenen Vertrag jedoch einseitig gekündigt und ich"

PS: Übrigens, was hat eigentlich Herr Christoph Böhr auf Ihren Brief zu seiner Aussage: "Sie können mich beim Wort nehmen: Wir werden die Regelung des § 208 LBG aufheben", geantwortet?"

"Hallo Ernst,

das mit dem Passus als Erinnerung an die Lebensarbeitszeitverlängerung fand und finde ich gut. Er sollte drin bleiben. Zu schnell werden solche Einschnitte sonst einfach so hingenommen und vergessen. Wer erinnert sich denn z.B., dass irgendwann einmal Beamteneinkommen reduziert wurden, um die Pensionen zu finanzieren, dass irgendwann einmal auch die Beamten im Genuss der 38,5 Stunden - Woche waren, dass irgendwann einmal Kleider- und Fahndungsgeld für Kriminalbeamte gezahlt wurde, dass irgendwann einmal.....

Dass diese ständigen Wiederholungen nunmehr einen Kollegen stören, zeigt m.E. nur dass es irgendwie seine Wirkung tut. Nur die Zielrichtung der Wirkung muss der geneigte Leser selbst bestimmen; das Ziel, die lästige Erinnerung lediglich nicht mehr ständig vor Augen zu haben und los zu werden, kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein."

„Sollte wie bisher im Info bleiben:

Es handelt sich meiner Meinung nach nicht um eine Kleinigkeit, die uns von der Landesregierung übergezogen wurde. Im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen, kann ruhig jeder Politiker merken was uns berührt und wie wir ohne Not, aus einer Laune heraus, getroffen wurden.“

"Hallo Gerhard,

Dem mir unbekanntem Kollegen, der unter Punkt 16 der neuesten Info den immer wieder kehrenden Hinweis auf SPD u. FDP wegen der Lebensarbeitszeitverlängerung für hinfällig hält, stimme ich zu; auch hinsichtlich seiner Begründung.

Ich möchte noch hinzufügen, dass ich mir nicht vorstellen kann, unter einer CDU geführten Regierung ginge es der Polizei in unserem Land besser. (Versprechungen vor einer Wahl sind mit Vorsicht zu "genießen")"

"Hallo Kolleginnen und Kollegen,

in der letzten Zeit drängt sich mir immer wieder die Frage auf, ob die GdP Wahlkampf durch die Hintertür betreibt. Je näher der Wahltag kommt, umso mehr erreichen mich Infos der GdP die auf die negativen Auswirkungen und Ziele der Opposition hinweisen. Dies ist ja grundsätzlich nicht verwerflich, wenn diese Themen nicht schon ausführlichst in der Vergangenheit vorgetragen und veröffentlicht worden wären. Hier kommt mir insbesondere wegen der Nähe zum Wahltag der Verdacht auf, dass diese Standpunkte unseren Kollegen nochmals, zeitlich passend, deutlich ins Gedächtnis gerufen werden sollen, um auf die mögliche Wirkung ihrer Wahlentscheidung hinzuweisen.

Wenn dies so wäre, könnte ich mich damit nicht einverstanden erklären. Dies ist nicht Aufgabe einer Gewerkschaft, ansonsten wäre es eine Partei und es sollte auch nicht mit meinen Beiträgen unterstützt werden, denn sonst könnte ich auch in die



entsprechende Partei eintreten. Vielleicht könnt Ihr mir hierzu eine kurze Antwort geben."

*"Hallo,
ich finde nicht, dass der permanente Hinweis auf die Tatsache und die Verantwortlichkeit der Lebensarbeitszeitverlängerung in den jeweiligen Publikationen fehlen sollte. Es mag sein, dass dieser Hinweis den einen oder anderen nerven sollte, aber ich denke, insbesondere diejenigen nervt dieser Hinweis, welche für diese Maßnahme politisch verantwortlich sind. Wäre die GdP konsequent und würde weitere "Grausamkeiten" periodisch wiederholen, würde dies sicherlich eine eigene Publikation erfordern.*

Weiter so! Ich denke nur an die heran stehende Landtagswahl, und an die Vergesslichkeit des Wählers - mit der man ja offensichtlich rechnet."

"Die Landesregierung rechnet damit, dass wir das vergessen. Gerade diesen Gefallen sollte man ihr aber nicht tun, selbst auf die Gefahr hin, dass es nichts bringt."

"Als Betroffener sage ich: Man sollte die ständige Wiederholung lassen. Es bringt nichts mehr!"

"mich nervt der ständige Hinweis auf die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auch. Lasst ihn bitte weg, weil er nur ein Beweis dafür ist, dass auch Gewerkschaften machtlos sind, wenn die Regierung mit aller Gewalt etwas durchsetzen will."

*"Hallo Ernst,
erschrocken musste ich feststellen, dass man Euere Erinnerung an die Verlängerung der Lebensarbeitszeit in Frage stellen will!
Gebetsmühlenartig erinnern Politiker zu jeder sich bietenden Gelegenheit an besondere Leistungen, natürlich nur die Positiven, wie beste Ausrüstung, bester Fuhrpark bundesweit etc. So ist es Aufgabe der Gewerkschaften in gleicher Art und Weise ebenfalls periodisch an die negativen und besonders die negativste Entscheidung zu erinnern: die längste Lebensarbeitszeit für Polizisten im Bundesvergleich! Erst recht, wenn man bedenkt, wie diese politische Entscheidung parlamentarisch auf den Weg gebracht worden war. Das Informieren und Bewussthalten von sowohl Positivleistungen als auch Negativentscheidungen der Politiker gleichermaßen sind demokratische Instrumente für die politische Willenbildung und gehören deshalb gerade in eine Gewerkschaftspublikation!"*

Auto kaufen?

Verreisen?

PSW 06131/96009-23 oder -31

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www")

v.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de